

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. Juli 1918

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 87

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Papiernot und Papierverfeuerung: XXVII. Preiserhöhung für Zeitungspapier. — XXVIII. Vom Kampf um den Reichszuschuß für Zeitungspapier. — XXIX. Eine scharfe Attacke der Zeitungsverlegerorganisation gegen den Reichschahsekreter. — XXX. Der Modus in Österreich. — XXXI. Drei wichtige Bekanntmachungen. — XXXII. Die Zukunft des Papiermarktes. — XXXIII. Ein geordnetes größere Einschränkung im Verbrauch von Druckpapier. Kritik: Wer hilft?

Steuerfragen: Was deutsche Kriegssteuerreform und die neuen Steuern.

Korrespondenzen: Erfurt. — Glessburg. — Nürnberg. — Plauen. — Rechinghausen. — Stendal. — Tübingen.

Papiernot und Papierverfeuerung

XXVII. Preiserhöhung für Zeitungspapier.

Obwohl die in Nr. 42 (11. April) veröffentlichte neue Festsetzung der Aufschläge auf die Friedenspreise für die Zeit vom 1. April bis Ende September 1918 gelten sollte, ist im „Reichsanzeiger“ vom 11. Juli eine nochmalige Erhöhung der Aufschläge für das dritte Vierteljahr 1918 bekanntgegeben worden. Der Aufschlag erhöht sich danach von 32,75 auf 33,50 Mk. für Rollenpapier und von 36,75 auf 37,50 Mk. für Formatpapier bei einem Bezuge von 100 kg. Es kommen nur Tageszeitungen für diese Regelung in Betracht. Als Friedenspreis gelten für Rollenpapier durchschnittlich 21,40 Mk., es ist somit eine Verfeuerung um 156,54 Proz. eingetreten.

Die mit der Reichsstelle für Druckpapier vereinbarten Preissteigerungen betreffen sich jetzt auf 5 Mk. für 100 kg. Der jetzige Aufschlag von 75 Pf. ist lediglich der Reichsstelle für Papierholz zugeordnet, der nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen sollen, mit denen sie der erhöhten Erzeugung, obwohl die Verbrauchsmenge an sich nicht vergrößert worden ist, nicht gerecht werden kann. Es soll dadurch eine Lagerbildung für den Winter ermöglicht werden. So steht kommentierend im „Setzungsverlag“ zu lesen. Die amtliche Bekanntmachung besagt lediglich, daß seitens des Lieferanten der Betrag von 75 Pf. für je 100 kg von dem ihm gezahlten Preis an die Reichsstelle für Papierholz abzuführen ist.

XXVIII. Vom Kampf um den Reichszuschuß für Zeitungspapier.

Die Zeitungsverleger haben prinzipiell einen guten Erfolg zu verzeichnen. Im Hauptauschusse des Reichstags hat am 6. Juli der Bericht des Unterausschusses für die Belieferung der Zeitungen mit Druckpapier zu einer ergiebigen Aussprache sowie zur einstimmigen Annahme eines vom Unterausschusse gestellten, aber noch erweiterten Antrags: Die bisherigen Zuschüsse zu den Kosten der Papierbelieferung der Zeitungen unvermindert fortzuführen und diese Zuschüsse auch auf Wochen- und Monatsblätter auszuweiten, so lange die durch den Krieg herbeigeführten Aufschwenken der Papierverfeuerung fortdauern, geführt. Der Unterausschuß habe, wie der Berichtstatter erklärte, nach den Verhandlungen mit den Organisationen der Zeitungsverleger die Überzeugung gewonnen, daß durch den Fortfall oder den Abbau des Reichszuschusses (16 Mk. pro 100 kg) eine Notlage des Zeitungsverlegerstandes eintreten würde. Es sprachen Vertreter von allen größeren Parteien, auch Männer vom Fache kamen zu Worte, die hauptsächlich den neuen Gedanken, vom 1. Juli ab den Zuschuß nur noch für das zum textlichen Teile verbrauchte Papier zu gewähren, schon aus praktischen Gründen als unzulässig abweisen, denn welche großen Unbilligkeiten würden allein das Ausmessen verursachen. Die hohen Holzpreise, an denen die staatlichen Fortverwaltungen die Schuld tragen, die aber erst dem Beispiele von Oberost (Rußland) gefolgt seien, erfuhren als Hauptursache der Papierverfeuerung Kritik. (Der am 11. Juni in Berlin gegründete Verband deutscher Papierholzhändler wird seine Hauptaufgabe wohl auch in der Preisfestschreibung erblicken.) Die Zuschüsse wurden sowohl vom Reich wie von den Bundesstaaten als notwendig bezeichnet, so lange nicht die Regierung in der Lage sei, die Holzpreise er-

heblich herabzusetzen. Man gewinnt tatsächlich aus dieser Debatte den Eindruck, daß weniger die Papierfabrikanten, sondern vor allem die Bundesstaaten durch — den Preiswucher mit Holz die prekäre Lage der Zeitungsverleger herbeigeführt haben. Im preussischen Landtage war ja die Ausrufung des Oberlandesforstmeisters vor einiger Zeit, daß Holz doch nur um 150 Proz. teurer geworden sei, recht charakteristisch für das vom Staate gegebene „gute Beispiel“. So steht es mit der Preispolitik des Staates aber in allem aus! Man muß sich nur wundern, daß die Herren Abgeordneten von der ihnen doch unbeeinträchtigen Redefreiheit nicht einen Gebrauch machen, daß den Regierungskreisen Hören und Sehen vergeblich mißte. Die Bedeutung der Presse für das öffentliche Interesse fand Befragung, die Zwangslage für die kleinen Blätter, die am schlimmsten getroffen werden würden durch den Fortfall des Zuschusses, wie die Interessen der größeren Zeitungen erfuhren Hervorhebung. Von letzteren wurde erwähnt, daß Zeitungen, die im Monat zehn Waggons Papier verbrauchen, jährlich einen Ausfall von 250.000 Mark haben würden. Mehrere Redner forderten auch Ausdehnung der Zuschüsse auf die Wochen- und Monatschriften, die jetzt das Sechsfache für ihr Papier bezahlen müßten, die auch Annahme fand. Der Regierungsvertreter erklärte, dem Abbau der Zuschüsse — wohlverstanden: nicht dem Abbau der wucherischen Holzpreise! — müsse in einer Form nähergetreten werden, die der Presse keinen Abbruch bereite. Es sollten noch einmal Verhandlungen mit den Bundesstaaten und den Zeitungsverlegern stattfinden und auch die Stellungnahme des Hauptauschusses dabei berücksichtigt werden. Da der Hauptauschuß sich von dem genannten Unterausschusse ganz voll beraten fühlt, wie seine völlig gegen den Regierungsstandpunkt gerichtete Entscheidung doch beweist, so braucht die Reichsregierung sich ja nur dieser Stellungnahme anzuschließen.

Aus dem „Setzungsverlag“ vom 19. Juli ergibt sich jedoch die Befürchtung, daß die Reichsregierung sich um den Beschluß des Hauptauschusses auch nicht kümmern wird, wie sie so lange gegenüber den ständig geäußerten Wünschen der Zeitungsverlegerorganisation ebenfalls Ablehnung beobachtete. Leider kann ja der Reichstag beschließen, was er will, die Regierung bzw. der Bundesrat sind nicht verpflichtet, dem nachzukommen. Es mag bei der Reichsregierung wohl Anmut herrschen, daß sie so in ihren ausgeklügelten Abbauplänen gefestigt werden soll, und daß die Interessenvertretung der Zeitungsverleger und auch der Selbstschaffverleger es verstanden hat, mit Hilfe des Parlaments einen prinzipiellen Sieg über die Regierung zu erzielen. Der Widerstand liegt hauptsächlich beim Reichsfinanzminister; spricht doch der „Setzungsverlag“ von den „verderblichen Folgen der Haltung des Reichschahamts in dieser Angelegenheit“. Es wäre dringend zu wünschen, daß sowohl die Zeitungsverleger wie der Hauptauschuß fest beharren werden auf dem, was sie durch ihre Stellungnahme für notwendig erachtet haben. Der Regierung mehr Respekt vor dem Parlament beizubringen, ist überhaupt dringend notwendig.

Die Dinge stehen einstweilen so, daß der Reichszuschuß von 16 Mk. nur bis 31. März 1918 galt, von dann an wollte die Reichsleistung nur noch 5,33 Mk. gewähren. Für das vor dem 1. November bezogene Zeitungspapier ist die Auszahlung erst um die Jahresmitte erfolgt. Für November und Dezember 1917 war die Zahlung angewiesen, für das erste Vierteljahr 1918 ist sie erst angekündigt. Bescheunige Bewährung an die mittleren und kleineren Blätter wird verlangt. Die säumige Zahlungsweise der Zuschüsse hat auch schon zu lebhaften Klagen geführt und nicht allzu respektvolle Entschuldigungen gegen die Reichsregierung angezettelt.

XXIX. Eine scharfe Attacke der Zeitungsverlegerorganisation gegen den Reichschahsekreter.

„Papierpreis und Regierung“ beistelt sich im „Setzungsverlag“ vom 26. Juli ein offizieller großer Artikel, der die Lage der Zeitungsverleger, die Wichtigkeit der

Presse gerade jetzt und das nicht große Verständnis der leitenden Reichsstellen für das eine wie das andre eindrucksvoll behandelt und gegen den Grafen Rüdern heftige Angriffe richtet, weil dieser nicht den Vorstellungen der beiden Zeitungsverlegerorganisationen folgt, sondern den Quertreibern des Verbandes Lokalpreise (Wußh in Waffenscheid) Gehör schenkt, die auf einen Wegfall der Zuschüsse und auf zwangsweise Erhöhung der Bezugspreise hinauslaufen, welcher Plan bei der Reichsregierung schon vor Monaten weites Entgegenkommen gefunden hatte, um die Reichskasse zu schonen. Das schwerste Geschick wird dann mit folgenden Stellen aufgefahrt:

In einer Zeit — wir wiesen schon darauf hin — in der die Interessen des Reiches wieder ganz besonders der selbsttätigen, hingebungsfreudigen Mitarbeit der Presse bedürfen, ist man dabei, eine wichtige und wertvolle Kessel in allmählich rabiat zu machen, die Stimmung der deutschen Presse unbeding notwendig sind. Warum läßt der Herr Reichschahsekreter trotzdem die deutsche Presse in dieser unerträglichen Ungewißheit ihre Spannkraft ganz nutz- und sinnlos verzehren? Wir haben an dieser Stelle schon einmal wärmend auf die Folgen einer so unbegreiflichen Handlung hingewiesen. Mit den 1600 dem Vereine Deutscher Zeitungsverleger angeschlossenen Zeitungen halten die in der Vereinigung größtenteils Zeitungsverleger aufmerksamer getreten Berliner Großzeitungen in dieser Frage durchaus zusammen. Der Herr Reichschahsekreter irr, wenn er glaubt, weil der Vorstand unseres Vereines im Falle Kesslerich die Selbsthilfe der Presse mißbilligt habe, sei dadurch ein Dogma ex cathedra verkündigt, das ein für allemal deutsche Staatslektüre vor der Selbsthilfe der Presse sicherstelle. Der Gedanke dieser Selbsthilfe greift in den Kreisen der Verleger immer weiter um sich.

Will man uns durchaus nicht hören, will man in dieser kritischen Zeit der Keim zum Ruin der deutschen Presse legen, sie kenne, wenn man ihr Schreiben nicht hören will, eines Tages schweigen, bis dies Schweigen zu den Stufen des Thrones dringt. Ein so unerfüllliches nationales Gut, wie das der deutschen Presse, werden die deutschen Verleger nicht ohne die entschlossenste Gegenwehr preisgeben wollen und können. Gewiß, die Organisationsleistung wirkt diesem Gedanken der Selbsthilfe zur Zeit noch erfolgreich entgegen, aber wir halten für unsere Pflicht, da vertrauliche Andeutungen offenbar nicht beachtet werden, öffentlich darauf hinzuweisen, daß eines Tages die Stimmung in einem Beschluß der Solidarität Ausdruck finden könnte, der über Organisationsdisziplin und Vereinsleistung hinweggeht.

Das ist die Ankündigung eines Pressestreiks in aller Form! Durch Sperrdruck obendrein handgreiflicher gemacht. Was dem verflochtenen Kesslerich passierte, kann morgen oder übermorgen gegen Rüdern oder gegen die ganze Regierung praktiziert werden. Es ist an sich zu begrüßen, daß sich die Presse endlich auf ihre Macht befinnt. Wir haben bei anderer Gelegenheit schon die Erwartung ausgesprochen, man sollte doch der Regierung einmal Gelegenheit bieten, ohne die Presse auszuweichen. Es handelt sich jetzt auch darum, die Regierung zur Beachtung eines Parlamentsbeschlusses zu zwingen. Das kann auch sonst gute Folgen haben, müßte durchweg zur Respektierung des sich so bekundenden Volkswillens führen. Auf die mit dieser schneidigen Offensive zusammenhängenden Vorgänge im Zeitungsverlegerlager kommen wir ein anderes Mal zu sprechen.

XXX. Der Modus in Österreich.

Sieben Millionen Kronen sind von der Regierung bis zum Jahreschluß 1918 bewilligt worden, damit die Tageszeitungen ihr Papier erheblich unter dem von den Papierfabriken festgesetzten Preise beziehen können. Die Auszahlung erfolgt direkt an die Papiererzeuger, bei uns bekanntlich an die Zeitungsverleger.

Dort fängt man also an mit einem durch die wunderbare Kriegswirtschaft aufgenötigten Brauche, während man in Deutschland schon wieder den Drückeberger machen will, obwohl, wie gezeigt, der Staat selbst der schuldhafteste Teil ist.

XXXI. Drei wichtige Bekanntmachungen.

die wir zum Teil schon besprochen haben, sind die Verordnung vom 8. Mai gegen die Preisfreiberei, die Bekanntmachung vom 17. Mai über den Handel mit Karton, Papier und Pappe und die Veröffentlichung der Papierpreise (ohne Tageszettungen), die Ende Mai von der Prüfungskommission der Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs erging. Es hatten sich im Papierhandel so viel unredliche Gepflogenheiten und Menschen dreif gemacht, daß schon etwas Wirkameres als die bisherigen Maßnahmen gesehen wurde. Wer nach dem 1. Januar 1916 „ins Geschäft gestiegen“ ist, hat nun ausgespielt mit der Schröpfung der Papierverbraucher. Die Veröffentlichung der Papiererichtpreise (39 für ebensoviele Sorten bzw. 10 Gattungen) hatte zunächst eine Anzahl von Anfragen an die Prüfungsstelle zur Folge, was als ein Zeichen angesehen werden kann, wie notwendig einige Ordnung ist; denn müßtergültig wird sie ja doch nicht mehr werden, nachdem zu lange die Dinge geschrieben haben, wie die Verbraucher und Schieber es wollten.

XXXII. Die Zukunft des Papiermarktes.

In Nr. 59 wurde an dieser Stelle Direktor Krämer mit Interesse, aber nur zu optimistisch gefärbten Ausführungen“ zitiert, die wir aus Vorträgen von ihm in München und Mannheim zusammengestellt hatten. Anknüpfend sprach Direktor Krämer vor Papierhändlern in Berlin. Der Herr ist eine Autorität im Papierfach und in mehreren kriegswirtschaftlichen Ämtern tätig. Was er sagt, hat also Belang, auch wenn man zu seinen Prophezeiungen nicht ohne Zweifel stehen kann. Wir lassen Direktor Krämer nur insofern reden, als er Neues hat.

Eine halbe Million Tonnen Papier sei im Herbst 1917 bei der Bestandaufnahme vorhanden gewesen, damit hätte der Bedarf Deutschlands auf viele Monate hinaus gedeckt werden können. Die Papierherzeugung wäre seitdem hinaufgegangen, der Verbrauch aber zurück. Weil er zwangsweise eingeschränkt wurde, hätte der Redner hinzufügen sollen. Die Herstellung von Spinnpapier sei in letzter Zeit geringer geworden, auch der Bedarf an Sachpapier. Die Rohstoffe werden also, folgerte Direktor Krämer, ausreichen, eine größere Erzeugung für Druck, Verlag und Papierverarbeitung zu ermöglichen. Wozu bemerkt sein mag, daß der Ende Juni von der Zeitungswirtschaft abgelaufene Sparerlaß auf das Gegenteil hindeutet. Wenn es dann gar hieß: Maßgebende Stellen und die papierverarbeitende Industrie dächten deshalb an eine teilweise Ausfuhr, so zweifeln wir nicht an dieser hilfreichen Absicht, denn Deutschland muß den Kreis seines Exportes schon jetzt wieder vergrößern, um seine Valuta zu reparieren, aber dieses den Papierinteressenten sicherlich auch sehr einträgliche Geschäft wird auf Kosten der deutschen Verbraucher gehen.

Die Papierpreise haben nach Ansicht Krämers den Höchststand erreicht, was uns ebenso gewagt klingt wie die im Tarifauschusse vernommene Vorkchaft von der Besserung in den Lebensmittelpreisen. Eine Verbilligung der Rohstoffe und Holzschliff hielt der Vortragende im weitesten Maße für möglich, immerhin werden sie nach seiner eigenen Meinung noch um 50 Proz. teurer bleiben als vor dem Kriege. Also werden auch die Papierpreise sinken, ein Preissturz aber vermieden werden. Der „Zeitungsvorlag“ vom 26. Juli hebt dagegen hervor, daß infolge der Vervollkommnung des Galvanisierens dauernd hohe Papierpreise drohen. Redner geißelte in scharfen Worten noch die Gewinnucht von Fabrikanten und Händlern; jeder, der übermäßig verdienen will, verderbe die allgemeine Wirtschaft; was nur zu wahr ist. Ebenso mahnte er zur Einstimmung des Kammermanns, damit die amtliche Papierbewirtschaftung nicht beeinträchtigt werde. Wenn der Landrat in diesem Jahre sein Ende nehme — dann werde die Kohlennot beendigt sein, dann werde auch allmählich die Papierknappheit aufhören. Eine Papiernot läßt Direktor Krämer bekanntlich nicht gelten.

Wie sich die Zukunft des Papiermarktes gestalten wird, ist auch für die Buchdruckergehilfenschaft von größter Wichtigkeit. Wir wünschen sogar, der Optimismus von Direktor Krämer wäre noch zu klein — aber wir vermögen noch nicht helle Tage zu sehen, wo die Zeit schon so lange gar zu bewölkt ist.

XXXIII. Angeordnete größere Einschränkung im Verbrauch von Druckpapier.

Was Direktor Krämer zu Anfang Juni in Berlin als Berufsgruppenverbände, sindet durch eine Verfügung der höchsten Regierung aus den allerletzten Tagen bereits hatte Entkräftung. In Anbetracht des immer noch bestehenden empfindlichen Papiermangels wird angeordnet, daß Verwaltungs- und Geschäftsberichte, im besonderen Tätigkeitsberichte von Städten, Kreisen, Spar-

kassen und sonstigen Korporationen über größere Zeiträume (25 und 50 Jahre) zu unterbleiben haben; sie seien jetzt noch in Tausenden von Exemplaren und auf gutem Papier gedruckt worden. Das bedeutet vor allen Dingen eine nicht unerhebliche weitere Einschränkung des Buchdrucks; der Saß von solchen Arbeiten pflegt ziemlich umfangreich zu sein. Berücksichtigt man, daß (siehe „Rundschau“ Nr. 84) die Verminderung der bei der Zentraldruckstelle (Deutsche Bucherei in Leipzig) eingelieferten Druckschriften im Jahre 1917 erschreckend hoch war: 27153 weniger als 1916, so ist durch diese Verfügung ein noch größerer Rückgang zu erwarten, denn es wird nicht nur bei den Verwaltungs- und Geschäftsberichten noch mehr gespart werden und auch nicht allein im Königreich Sachsen.

Die ebenfalls in den letzten Wochen vom Oberkommando in den Marken in Angriff genommene entschlossene Bekämpfung der Schundliteratur, der sich sämtliche Generalkommandos, auch die in Sachsen und Württemberg, angeschlossen haben, ist anders zu bewerten, weil für literarischen Schund kein Platz sein soll. Immerhin ist dieses Aufstreifen für den Druck nicht ohne Belang. Die neue Liste der verbotenen Hefereien weist zwar nur 97 Nummern auf, 150 sind aber bereits in Wegfall gekommen durch bindende Erklärungen der betreffenden Verleger, diese Sachen nicht weiter erscheinen zu lassen. Schriften abergläubischen Inhaltes nehmen den breitesten Raum darunter ein. Außerdem kommt noch eine große Anzahl verbotener politischer Schriften für den Buchdruck in Frage, die manchmal unter dem ganz unverdächtigen Titel (und Aussehen) längst eingeführter Bücher in Vertrieb gebracht werden.

Die behördlich angeordnete Papierparität müßte aber aus Gründen der Gerechtigkeit gleichmäßig gehandhabt werden. Da hat in den ersten Sonntagen der Angeordnete Gothein, der in dem Zeitungspapierauschusse eine rührige Tätigkeit entfaltet, in einer Kreisstadtsrede neben der nicht immer einwandfreien, weil ungleichen Belieferung der Zeitungen mit Papier — die ereaktionäre „Deutsche Zeitung“ in Berlin soll vordem auf Anweisung militärischer Instanzen recht bevorzugt worden sein — der Regierung zum Vorwurfe gemacht, warum das neue Blatt „Arbeitertribüne“, das Gothein „ein Schmutzblatt überflüssiger Sorte“ nannte, die Genehmigung zum Erscheinen bekommen habe, die sonst wegen der Papiernot verweigert wird. Das macht sich allerdings nett, wenn zur Arbeitererhebung und -bekämpfung dienende Berzeugnisse erhalten bleiben, während dem allgemeinen Interesse dienende Blätter nicht wissen, wie sie mit dem geringen Papierquantum auskommen sollen.

Wenn Direktor Krämer von einer Verringerung des Papierbedarfs sprach, dem angeblich eine höhere Erzeugung gegenübersteht, so hat man für erstere durch die Ausführungen eine hinreichende Erklärung: es soll noch weniger gedruckt werden! Wir erwähnten auch bereits die dringende Ermahnung der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe zu weiterer Einschränkung. Wenn der nicht-tätigen Presse für das dritte Vierteljahr ein um 5 Proz. höherer Papierverbrauch eingeräumt worden ist, so will das eigentlich nichts besagen gegenüber den forcierten Anträgen aus diesen Verlegerkreisen, die gar zu knappe Kontingenzierung um ein höchstes Stück zu erweitern. Unter im vorübergehenden Abkrisse geäußelter Pessimismus wird also berechtigter sein als der Optimismus Krämers, von welchem wir natürlich trotzdem wünschen, er möchte doch noch seine Berechtigung erweisen können.

Wer hilft?

In Nr. 20 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ vom 17. Mai d. J. (siehe auch Nr. 58 des „Korr.“) habe ich in einem Artikel mit über „Die Zukunft der Kriegsbeschädigten“ geäußert und hatte gebeten, daß möglichst die Gesamtheit der Prinzipalität sich in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge stellen möge, und zwar insbesondere dadurch, daß man die Betriebe zur Ausbildung der Kriegsbeschädigten Berufsgenossen offen halten möchte. Ich hatte diesen Vorschlag des näheren begründet und hatte weiter gebeten, daß man an allen Orten im Sinne dieses Vorschlags kräftig die Werbetrömmel rühren möge.

Inwiefern man dieser meiner letzten Bitte entsprochen hat, entzieht sich meiner Kenntnis; irgendwelche Angebote sind beim Tarifamt jedenfalls nicht erfolgt. Auf Grund oben erwähnten Artikels hat sich bisher nur eine Firma bereit erklärt, ihre Druckerei den Kriegsbeschädigten Berufsgenossen zum Zwecke der Ausbildung zur Verfügung zu halten. Ich bin nicht der Meinung, daß diese eine Firma der einzige Erfolg meines Artikels sein und bleiben kann, nehme vielmehr an, daß dieser Artikel vielfach übersehen worden ist, oder daß man verstimmt hat, sich im Sinne dieses Artikels zu entscheiden. Deshalb ersuche ich jenen Artikel noch einer nachträglichen Beachtung und bitte wiederholt recht dringend, sich baldigst und dauernd unserer Kriegsbeschädigten Berufsgenossen anzuschließen zu wollen.

Zur Zeit sind beim Tarifamt die nachstehenden näher bezeichneten Kriegsbeschädigten gemeldet, die auf eine baldige Berücksichtigung seitens der tariftreuen Prinzipal-

ität hoffen; der in Klammern gesetzte Ort ist der von Kriegsbeschädigten zur Befügigung gewünschte.

Seher: 370. U. Arm steif (Berlin). 385. U. Bein steif; will M.-S. werden (Sagen). 397. R. Fuß amput.; will M.-S. werden (Rheinl.). 406. Steckschuß l. Fuß; will M.-S. werden (Rheinl.). 408. U. Arm amput.; als Bureauarb. ausgeb.; auch Korrektor (an jedem Ort). 410. U. Bein amput.; will M.-S. werden (Berlin). 411. U. Hand u. Finger steif (Süddeutschland). 412. Bauchschuß, Granatsplitter in beiden Füßen; 5 Wochen Monotonie gelernt (Berlin). 422. R. Hand ohne Finger; Kunsthand; 6 Wochen Linotype gelernt (Berlin). 423. R. Arm fehlt; Meisterprüfung bestanden; Faktorenstellung (Berlin). 428. U. Unterl. amput.; will M.-S. werden (Bayern). 429. U. Arm amput.; für Bureau, auch als Korrektor (Berlin). 430. R. Hand nicht gebrauchsf. (Berlin).

Stahlgrober: 413. U. Arm verl. (Berlin).

Drucker: 387. Nervenlähmung; als Dr. nicht mehr verwendbar (Berlin). 415. R. Oberarm zerhäm. (Berlin). 427. U. Arm Ellenbogen zerhäm., r. Hand steif, r. Fuß Krampf durchschl., Fußgelenk steif (Berlin). 431. Nervenlähmung; kann ohne Stock nicht gehen u. stehen; nur für l. Befügigung (Berlin).

Die Veröffentlichung der Liste der beim Tarifamt von gekurzten Kriegsbeschädigten soll von jetzt ab wieder in kurzen Zeiträumen erfolgen. Ich bitte, recht regen Gebrauch davon zu machen.

Berlin.

Paul Göttsche.

Steuerfragen

Das deutsche Kriegsteuersystem und die neuen Steuern.

Am 13. Juli wurde im Reichstag eine ahermalige Kriegskreditrate von 15 Milliarden Mark bewilligt. Damit ist unsere Kriegsschuld auf 139 Milliarden Mark gestiegen, eine Summe, für die man fast die halbe Welt kaufen könnte.

Ein Milliardenturn an Schulden richtet sich auf! Schon jetzt bedeuten die Steuerausgaben für das Volk eine ungeheure Belastung. Aber übersehen wir nicht, daß die Finanznot des Reiches, der Bundesstaaten, der Kreise und der Gemeinden dauernd auf dieselben und sich täglich steigert. Dabei handelt es sich nicht nur um den Steuerertrag und Aufbringung der laufenden Ausgaben und der Kriegsschuldzinsen. Die eigentlichen Kriegsausgaben — das sind die vorerwähnten Milliardensummen — werden auf Anleihe übernommen. Wie wir damit fertig werden, ist erst unsere Sorge, wenn das Ende dieses schrecklichen Krieges gekommen ist. Es bleibt also zu sagen, daß es demnach die Steuerkrone bis jetzt noch anständig mit uns einrichtet.

Eine gerechte Steuerpolitik hätte die wichtige Aufgabe, die große, auf alle Art und Weise durch den Krieg geschwächte Volksmasse zu schützen; dahin zu wirken, daß vornehmlich diejenigen Teile der Bevölkerung Hauptträger der ungeheuerlichen Steuerlasten werden, die durch den Krieg auch ungeheure Vorteile eingeheimt haben. Dieses System hat sich indessen noch nicht durchgerungen, am wenigsten in unserer Kriegsteuerehebung. Ganz im Gegenteil sind bisher die breiten Massen die bevorzugten Objekte des Steuermachens gewesen. Die Kriegsgewinnler aber hat man mit Glacéhandschuhen angefaßt. In drei Kriegsjahren wurden bei uns nur 5,7 Milliarden Kriegsgewinnsteuern, an Einkommen- und Vermögenssteuern für eigentliche Kriegszwecke jedoch kein Pfennig erhoben. Dagegen sind nach Annahme der dritten Kriegsteuerverlei die indirekten Abgaben an Verbrauchs- und Verkehrssteuern jährlich um etwa 4 Milliarden Mark gegen die letzten Friedensjahre gestiegen.

Wir haben schon früher unser Kriegsteuersystem Betrachtungen unterworfen. Siehen wir das Fazit, so kann man nicht zu dem Refusit kommen, daß darin ein sozialer Einschlag zu erblicken, geschweige, daß wir den Grundlagen einer geordneten, planmäßigen Finanzpolitik viel näher gekommen wären. Die Gründe, daß dem nicht so ist, haben wir hier schon genügend herausgeschält. Die leichtsinig aufgebaute Hoffnung auf eine große Kriegsentwässerung, die uns aus allen Finanznöten retten würde, muß sich doch immer mehr als ein Trugschluß erweisen. Die mit allen Mitteln aufrecht zu halten versuchte Doktrin der verbündeten Regierungen, den Volk nur durch die einzelfaßliche Steuerehebung herauszugiehen, hat die großen Ungerechtigkeiten unserer Kriegsteuerehebung zur Folge gehabt, daß der Besitz gekürzt, die breiten Massen aber, Verberk und Verbrauch, für alles hüben müssen.

Das Verhalten der Reichsregierung hat zudem dieselbe Tendenz verfolgt. Den widerwärtigen und in höchstem Grad unverständlichen, belohnen an Sabotage grenzenden Einbläserien der bundesstaatlichen Finanzstrategen hat sie stets ein williges Ohr zugelegt und sich damit schuldig vor den Besitz gestellt. Ohne jeden Skrupel ist eine Verbrauchssteuer nach der andern, aber keine dauernde Verbrauchssteuer geschaffen worden.

Die Steuern auf alle Gebrauchsartikel und den Konsum sind dauernde Belastungen. Sie erfahren bei jeder Finanzreform Erhöhungen und werden auf alle Gegenstände ausgedehnt, die überhaupt nur aufzutreten sind. Aber nicht genug damit, daß alle zum Lebensunterhalt notwendigen Bedarfsartikel einer empfindlich hohen Spezialbesteuerung unterworfen wurden, eine nunmehr fünfprozentige Umsatzsteuer sorgt in Bausch und Bogen für eine nochmalige Schröpfung des Konsums. An der wahnwitzigen Besteuerung aller Lebensbedürfnisse hat somit auch der Steuer-

schlus einen erschütternden Anfall Schuld, was uns in der nächsten Zeit noch stärker zum Bewußtsein kommen wird. Zum Scheine des Gerechten lind die Kriegsteuern vorlagen, deren dritte Serie nun erledigt ist, mit einigen befristeten Fiskalmaßnahmen drapier worden. Eine kleine einmalige Vermögenssteuer in Verbindung mit dem Geleß über die Kriegsgewinnsteuer waren bisher die einzigen Selbstgaben. Die neu eingeführten indirekten Dauersteuern reichen zumal nicht zur Deckung des laufenden Bedarfs aus; dazu mußte auch noch die Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden, mit der wir unsere Kriegskostenrechnung wenigstens in etwas begleichen wollten.

Und trotzdem kommen wir nicht weiter! Dauern die Steuerorgane über unsern Köpfen. Eine fortwährende Steuerbeunruhigung des Publikums ist zur Regel geworden, weil einerseits die Finanznöte ins Unermeßliche steigen und anderseits die Reichsregierung dem einseitigen Dogma zuliebe die ergiebigsten und natürlichsten Steuerquellen: Einkommen, Vermögen und Erbschaften, in bestiger Schen unberührt läßt.

Nun hat der Reichstag 4,2 Milliarden Mark neue Steuern bewilligt. Damit sind wir jedoch auf absehbare Zeit nicht am Ende, müssen vielmehr, mit dem Reichsschatzsekretär zu reden, in absehbarer Zeit von neuem an das Steuererhebungsorgan herantreten.

II.

Vor etwa Vierteljahrstritt gingen die neuen Steuerentwürfe dem Reichstage zu und wurden damit der Öffentlichkeit bekannt. Es galt, den mit einem Defizit von 2875 Mill. Mk. belasteten Jahresetat ins Gleichgewicht zu bringen, und das war nur auf dem Wege der Schaffung neuer Steuern möglich. Wer nun gehofft hatte, daß die Reichsfinanzverwaltung, schon aus Gründen gerechter Verteilung der Lasten, endlich in das Gebiet der Selbstbesteuerung energisch eingreifen würde, hatte die Rechnung ohne die einseitigen Finanzminister gemacht. Das zwölf stark dufende Blumen enthaltende Steuerbudget des Reichsschatzsekretärs hatte man, in aller Vorsicht, wieder der Belastung des Verbrauchs und Verbrauchs zugeworfen, abgesehen von einer neuen, einmaligen Kriegsgewinnsteuer auf Erwerbsgesellschaften. Es konnte einen das Gruseln ankommen, wenn man sich besah, wie die geforderten 3 Milliarden Mark an neuen Steuern zusammengehunden werden sollten. Das Schmerzhafteste dabei war, daß die Rechenlücke der neuen Steuern nicht durch eine einzige wirkliche Selbststeuer kompensiert war.

Hier hat nun der Reichstag, vornehmlich auf Drängen der sozialdemokratischen Partei, endlich einmal mit festem Willen den Worten die Taten folgen lassen. Aber die ursprünglichen Forderungen hinaus wurden der Regierung 1200 Mill. Mk. Selbststeuern als Abgabe vom Kriegsmehreinkommen und Kriegsabgabe vom Vermögen bewilligt. Den von den Verbrauchsteuern hart betroffenen Volkswirtschaft kann es ein gelinder Trost sein, daß auch die Wohlhabenden einmal etwas "schärfer" erfaßt worden sind, wenn auch noch lange nicht in dem erwünschten Maße. Der Fehler unserer Kriegsteuerverfassung, daß die Selbststeuern nur einmalige, die Verbrauchsteuern aber dauernde sind, hat sich leider nicht umstoßen lassen. Auch die sozialdemokratische Erbschaftsteuerresolution fand von den bürgerlichen Parteien Ablehnung.

Immerhin ist es ein moralischer und materieller Erfolg der dritten Kriegsteuerverfassung, daß die Kriegsteuer der Gesellschaften im vierten Kriegsjahre durch die Einführung der Steuer auf das Mehreinkommen und Vermögen von den ursprünglich in Aussicht genommenen 600 auf 1800 Mill. Mk. Betrag gebracht worden ist. Die Mehreinkommensteuer beginnt bei Einkommen von wenigstens 10000 Mk. und bei einem darüber hinausreichenden Einkommenszuwachs von mindestens 3000 Mk., steigt auf 5 Proz. für die ersten 10000 Mk. bis auf 50 Proz. bei Mehreinkommen von mehr als 200000 Mk. Die Vermögensabgabe läßt Vermögen von weniger als 100000 Mark frei, trifft aber die größeren Vermögen mit 1 vom Tausend für die ersten 200000 Mk. und steigt bis auf 5 vom Tausend bei Vermögen von mehr als 1 Mill. Mk.

Im Grunde genommen bedeutet diese Selbststeuer eine Bagatelie. Die Verbesserung der dritten Kriegsteuerverfassung ist darin zu erkennen, daß fast 2200 Mill. Mk. Verbrauchs- und 800 Mill. Mk. Selbststeuern, die Börsensteuern eingerechnet, 2200 Mill. Mk. Verbrauchs- und 2000 Mill. Mk. Selbststeuern geschaffen sind. Mehr ließ sich an Selbststeuern leider nicht herausholen. Ein weiteres erfreuliches Moment ist es, daß es auf diese Weise möglich ist, das vorhandene Defizit nicht nur rechnungsmäßig, sondern in Wirklichkeit zu decken. Man muß berücksichtigen, daß die indirekten Steuern im laufenden Jahre kaum eine Milliarde Mark einbringen würden. Die Hälfte des zu deckenden Defizits hätte somit wieder in der Luft geschwebt, wenn es nach den Regierungsvorlagen gegangen wäre. Mit den vollen 2 Milliarden Mark Selbststeuermaßnahmen ist hingegen in diesem Jahre zu rechnen. Das ist der nicht hoch genug zu veranschlagende materielle Fortschritt, während ein moralischer Erfolg darin zu erblicken ist, daß es gelang, in die mit Schanden und Frühen verfechtete, unser ganzes Finanzwesen verderbende Steuerhohle der Bundesstaaten eine Brücke zu legen.

Auf diesem Wege kann es angehts der sorgfältig über den nächsten Zukunft wird zeigen, daß die mit der Schaffung dauernder Selbststeuern nicht herkommen. Es wird sich bei den kommenden Steuerreformen nicht nur um Mehreinkommen- und Vermögensbesteuerung handeln können, sondern wirkliche Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern werden in den Mittelpunkt der Steuererhebung treten müssen.

Es ist von vornherein abzusehen gewesen, daß es nicht möglich war, die neuen Verbrauchsteuern erheblich herabzusetzen oder ganz zu beseitigen. In Einzelheiten sind die Regierungsentwürfe zweifellos verbessert worden. Die wichtigste Verbesserung ist beim Umsatzsteuerertrag erreicht. Die Gemeinden sollen außer den in der Vorlage vorgelebten 10 Proz. des Ertrags weitere 5 Proz. bis zu einem jährlichen Betrage von 50 Mill. Mk. bekommen mit der Verpflichtung, sie zur Beschaffung billiger Lebensmittel zu verwenden. Der sozialdemokratische Antrag, die wichtigsten Lebensmittel ganz von der Lebensbedürfnisse erheblich verteuerten neuen Umsatzsteuer freizulassen, wurde nicht berücksichtigt. Für die Presse ist es von Wichtigkeit, daß es doch gelang, die Beseitigung der schriffstellerischen Erzeugnisse zu bewerkstelligen.

Von den neuen Verbrauchsteuern treten die Weinsteuer einen Monat nach der Verkündung, die Schaumweinsteuer mit dem Tage der Verkündung, die Biersteuer und die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren am 1. Oktober, die Besteuerung der Mineralwässer und Almonaden mit dem 1. August in Kraft. Ausgenommen die Weinsteuer, die am 1. Juli 1923 außer Kraft treten soll, laufen sämtliche Steuern auf unbestimmte Zeit weiter.

Einem neuen Weg hatte die Reichsregierung mit dem Vorhänge des Branntweinmonopols beschritten. Mit der Annahme deselben hat das erste Staatsmonopol in Deutschland gesetzgeberische Bewirkung erfahren! Das Branntweinmonopol bringt den Verbrauchern eine ungeheuerliche Belastung, soll es doch einen jährlichen Ertrag von 800 Mill. Mk. abwerfen, wovon 4 Millionen zur Bekämpfung der Trunksucht Verwendung finden sollen. Die Beratungen über das umfangreiche und schwierige Gesetz waren nicht nur deshalb interessant, weil es sich um die erste Monopolgesetzgebung und um die größte Verbrauchsbelastung in der Reihe der neuen Steuern handelte, sondern weil darin eine Abneigung der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegen sehr wichtige sozialpolitische Forderungen auftrat. Hier, wo sich Gelegenheit bot, die vielgeheißenen Sympathieerklärungen für die sozialpolitische Neuorientierung prinzipiell in die Wirklichkeit umzumünzen, wurden die sozialdemokratischen Anträge auf partielle Zusammenlegung der Monopolverwaltung und Regelung der Arbeitsverhältnisse abgelehnt.

Auf dem Gebiete der Börsensteuern entstanden heisse Kämpfe. Der Hauptausgangspunkt war in zweiter Lesung eine wesentliche Erhöhung des Aktienstempels auf 5 vom Tausend beschlossen. Darob große Protestbewegung der Börsen und Streik in Bremen, Hamburg, Berlin und Frankfurt a. M. Als Klassenkampfmotoren der Börsensteuer; jedenfalls eine hübsche Bereicherung der "sozialen" Kämpfe unserer Zeit! Schließlich wurde dem Drängen dieser Kreise nachgegeben mit der Maßgabe, daß der Aktienstempel für die Kriegszeit wieder auf 3 vom Tausend herabgesetzt und der Bundesrat ermächtigt wurde, je nach den Verhältnissen den Stempel auf 4 vom Tausend zu erhöhen oder auf 2 vom Tausend herabzusetzen. Was würde wohl geschehen, wenn die Arbeiterschaft angesichts der horrenden neuen Steuern in den Streik treten würde? Die Börsenmänner, die dagegen demonstrieren, daß sie von ihren meilstens durch übermäßigen Kriegsgewinn reich und fest gewordenen Auftragsgebern 0,50 Proz. erheben sollten, mußten in Hamburg und Bremen erst durch einen Anschlag des kommandierenden Generals, daß die Wehrpflichtigen zum Seeresdienst eingezogen würden, wenn nicht sofort die "Arbeit" wieder aufgenommen werde, also durch die Drohung mit dem Schießgraben, zur Raison gebracht werden. Ein herrliches Zeitbild! Warum sind nach dem traurigen Nürnberger Beispiele die Maschinengewehre nicht als Schreckmittel auch vor den Börsen aufgeföhren?

Außer den in mancher Hinsicht belangreichen Verbesserungen der neuen Steuerentwürfe und dem Schritte vorwärts auf dem Wege der Selbstbesteuerung hat der Reichstag aus eigener Initiative noch ein dreieitiges Gesetz geschaffen. Es sieht die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und die Reichsaufsicht für 33lle und Steuern vor. Damit ist ein grundlegender Schritt in der Richtung einer Vereinheitlichung der deutschen Steuererhebung und -verwaltung getan. Der Reichsfinanzhof ist oberste Spruchbehörde für Wehrbeitrag, Selbststeuern, Kriegsabgaben, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Reichsstempel- und Wechselstempelabgaben, Abgaben vom Personen- und Güterverkehr, Kohlensteuer. Heute entscheiden in den Reichsteuerragen noch die obersten Spruch- und Beschlußbehörden der einzelnen Bundesstaaten endgültig, was die willkürlichste und ungleichmäßigste Behandlung aller Steuerpflichtigen zur Folge hat. Den verbündeten Regierungen ist die Schaffung einer einheitlichen obersten Instanz naturgemäß stark gegen den Strich gegangen, vorwiegend der Anknüpfung der Souveränität; die Bundesratspräsidenten haben ob dieser Niederlegung bundesstaatlicher Grenzpfähle einen starken Schreck bekommen. Aber dieses Gesetz abzulehnen, wäre gleichbedeutend gewesen mit der Ablehnung der ganzen übrigen zwölf Steuererträge mit der Jahreserinnahme von 4,2 Milliarden Mark. Und davor wollte man sich wohlweislich hüten; vororglich hatte ja der Reichstag im § 25 festgelegt, daß das Gesetz mit den übrigen Steuererträgen in Kraft treten muß. Der Reichsfinanzhof wird in München seinen Sitz erhalten; Leipzig fiel ab, weil die kaiserliche Regierung aus prinzipiellen Gründen am meisten gegen die Errichtung einer solchen Reichsstelle ist.

Die gleichseitig inaugurierte Reichsaufsicht für 33lle und Steuern bewegt sich in der gleichen vorkrieglichen Richtung. Ein mit wirklichen Befugnissen ausgestatteter Reichsaufsichtsbeamter kann nun den für die Veranlagung und Erhebung der Reichsteuern maßgebenden Bezirkssteuerbeamten auf die Finger sehen. Die bisher viel be-

obachtetsten Unterlebe im Aufkommen der Reichsteuern, zum Schaden der Reichskasse, sind nun nicht mehr leicht möglich.

Damit ist das dritte Kriegsteuerverbaltungsorgan erschöpft. Die bisher größte deutsche Finanzreform ist unter Dach. Wie bald wird eine neue folgen, denn die Ergebnisse dieses schrecklichen, geld- und menschenverzehrenden Krieges lassen sich nicht in ein zuverlässiges Kalkül pressen. Möge ein schneller Friede das weitere Steuerquerschen wenigstens noch etwas mildern. Kst.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Erurt. In der am 13. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zunächst das Andenken zweier Kriegsgenossen geehrt. Nach Bekanntgabe des Klassenberichts vom Juni kam nach zur Besprechung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: „Die neuen Steuererzeugnisse“. Einer vom Vorsitzenden gegebenen kurzen Einleitung folgte eine recht rege Aussprache, die schließlich die einstimmige Annahme einer Entschließung zur Folge hatte, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die erhöhte Steuererzeugung der Gehilfenklasse das Durchhalten wohl erleichtere, daß aber auch diesmal wieder von einem Ausgleich den enorm gestiegenen Lebensmittel- und andern Preisen gegenüber nicht gesprochen werden könne. Bedauerl wurde auch, daß der Termin für die Einführung der Erhöhung so weit hinausgeschoben worden ist, und daß nicht gleich die volle Erhöhung zur Auszahlung gelangt. Auch hält es die Versammlung mit Rücksicht auf die unklare wirtschaftliche Lage nicht für angebracht, die Gehilfenklasse schon jetzt festzusetzen, bis zum Frühjahr nächsten Jahres auf die Erhebung weiterer Forderungen zu verzichten, da sie in den Bewilligungen ein so großes entgegenkommen, was eine solche Verzichtsleistung zu rechtfertigen in der Lage wäre, nicht erblicken kann. Den Gehilfenvertretern spricht die Versammlung ihren Dank aus für ihr mannhaftes Eintreten für die Gehilfeninteressen. Der Steuererzeugung für den Gauverwalter wurde sodann zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, daß seit dem 1. Juli der Gaubetrag um 10 Pf. erhöht ist, beantragte die Versammlung, von der Zuwendung aus der Verbandskasse in Höhe von 3 Mk. pro Mitglied 1 Mk. den Bezirken zu überweisen.

Mensburg. Die am 14. Juli abgehaltene Versammlung, zu der auch die Bezirkskollegen eingeladen waren, befaßte sich hauptsächlich mit einem Bericht über die Tarifausgleichung, welcher von unserm Gehilfenvertreter Kunzler (Saaburg) gegeben wurde. Nachdem die üblichen Tagesordnungspunkte erledigt waren, beschäftigte er sich mit der Frage der Faktoren, Lehrlinge und Hilfsarbeiter und kam dann auf die Steuererzeugung zu sprechen. Wenn auch das Erreichte noch nicht den jetzigen Verhältnissen entspricht, erklärte sich die Versammlung doch im allgemeinen mit den Ausführungen einverstanden. Der Vorsitzende dankte dem Gehilfenvertreter für den gelungenen Vortrag.

Nürnberg. In der Versammlung am 19. Juli wurde den Mitgliedern Bericht erstattet über den Gantag und im Zusammenhang damit über die Verhandlungen des Tarifauschusses. Der Gantagsbericht wurde zur Kenntnis genommen, bedauert wurde, daß die beiden Anträge Nürnberg und Würzburg Ablehnung fanden. Der Bericht über die Tarifausgleichung zeitigte eine längere Aussprache, in der alle Redner scharfe Kritik an der Tarifamtsbekanntmachung übten, besonders die neue Überstundenberechnung fand einmütige Verurteilung. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung nimmt den Bericht über die Verhandlungen des Tarifauschusses zur Kenntnis, sie erkennt zwar die Bemühungen der Gehilfenvertreter mit Dank an, bringt jedoch ihre Mißbilligung über die völlig unzulängliche Höhe der bewilligten Steuererzeugnisse zum Ausdruck. Die am 1. August in Kraft tretende Erhöhung kann in Anbetracht der täglich steigenden Steuererzeugung aller Bedarfs- und Genussmittel auf keinen Fall als genügend betrachtet werden. Sie bedauert ferner, daß die Prinzipale in ihrer Mehrheit sich den Lebensbedürfnissen ihrer Gehilfen gegenüber so ablehnend verhalten, und dies um so mehr, als es erstere ja jederzeit in der Hand hätten, durch Einigkeit, gleich den andern Gewerben, und durch gesunde Druckpreispolitik die Erhöhung auf die Auftragsgeber abzumildern. Und dies um so leichter, als die gesamte Presse in ihrer Hand ist und eine Macht zur Unterstützung dieser Druckpreispolitik bildet, wie sie auch nicht im entferntesten einer andern Gruppe von Unternehmern zur Verfügung steht. Die ferneren Abmachungen, wie Überstundenverpflichtung, weitere Erhöhung der Steuererzeugung ab 1. Dezember, nimmt die Versammlung nur aus Gründen der Disziplin entgegen.“ Das fünfjährige Jubiläum der diesigen Mitgliederschaft soll heuer noch in einfacher, würdiger Weise durch einen Festakt gefeiert werden, nachdem jede Aussicht auf ein baldiges Kriegsende geschwunden ist. Zugleich soll die Geschichte der Mitgliederschaft als Gedächtnis herausgegeben werden. Der letztere Punkt fand bei einem großen Teile der Kollegen lebhaften Widerspruch, und zwar der hohen Kosten wegen. Die Versammlung beschloß nach langer Aussprache, die Festchrift trotzdem in Druck zu geben. (Die Abwälzung der unvermeidlichen Produktionsvermehrung auf die Auftragsgeber, die man sich in Nürnberg auszusprechen so leicht vorstellt, wie der Gemeindeführer auf die Taschen des verehrten Publikums losfährt, wurde also schon in dem Augenblick als drückend empfunden, wo die so klar resolutionäre Mitgliederschaft selbst als Druckauftrag-

